



Nueva Nicaragua

200. Ausgabe

Informe

18. Jahrgang

September 2021

(Seite 15) Nr. 200

200 Jahre Unabhängigkeitserklärung von Guatemala

Wolfgang Herrmann

Am 15. September 1821 unterschrieben die Abgesandten aus Guatemala, Honduras, El Salvador, Nicaragua und Costa Rica eine Urkunde, in der sie die Unabhängigkeit des Generalkapitanats Guatemala von Spanien erklärten. Der Unabhängigkeit gingen drei Jahrhunderte Widerstand der Indios gegen die Kolonialmacht voraus. Die Oligarchen waren Gegner der Trennung von den Spaniern. Intellektuelle, Landarbeiter, Handwerker und Kreolen, die unter dem spanischen Schutzzollsystem litten, begrüßten die Unabhängigkeit. Die Ideen der französischen Revolution waren bei ihnen angekommen.



Bildquelle: El 19 Digital

Ebenfalls 1821 proklamierte das mexikanische Kaiserreich in Iturbide den reaktionären „Plan der Gleichheit“. Das Generalkapitanat Guatemala

schloss sich gegen den Willen seiner Völker am 11. Oktober 1821 dem mexikanischen Imperium an. 1823 wurde Kaiser Agustín gestürzt. Die fünf Länder des Generalkapitanats Guatemala traten aus und gründeten die Zentralamerikanische Konföderation, die aber bald wieder zerfiel.

Die Unabhängigkeit schlug sich nicht sofort in sachlichen Ergebnissen nieder. Sie formierte jedoch Kräfte, die willens waren, die errungene Freiheit zu verteidigen. Sie trug dazu bei, dass sich die soziale Struktur der Gesellschaft veränderte. Die Indios kehrten zu ihren natürlichen landwirtschaftlichen Produktionsmitteln zurück, sie wurden wieder Bauern. Und so veränderte sich auch der Charakter des Kampfes. Hatte er früher vor allem ethnischen und religiösen Inhalt, so war er jetzt auch ökonomisch bestimmt.

Die Spanier gingen, die US-Amerikaner kamen. Am 2. Dezember 1823 sprach der fünfte USA-Präsident James Monroe im Kongress zur Lage der Nation. Die Monroe-Doktrin wurde geboren: „Amerika den Amerikanern“. Die zentralamerikanischen Länder wurden zu ersten Zielscheiben der Doktrin. Im Juni 1855 kam der nordamerikanische Sklavenhändler William Walker mit einer auserwählten Söldnertruppe nach Nicaragua, um Zentralamerika den Sklavenhalterstaaten anzuschließen und die Transitroute auf dem Isthmus zu besetzen. Die zentralamerikanischen Länder entsandten Truppen nach Nicaragua, um die Eindringlinge zu bekämpfen. Am 14. September 1856 fand die entscheidende Schlacht von Jacinto in Nicaragua statt. Die gemeinsamen Truppen gewannen die Schlacht und vertrieben die Yankees.

Die USA behielten die Kontrolle über den Isthmus. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bauten sie die Panamerikanische Straße und Eisenbahnlinie, die den Norden mit den Süden verbanden. Sie nahmen den Plan der Spanier, einen Kanal durch Nicaragua zu bauen, wieder auf. Den Plan verwarfen sie, als das Vorhaben des Panama-Kanals des Franzosen Lesseps bankrottging und sie das begonnene Kanalprojekt für Peanuts übernehmen konnten.

Anfang des 20. Jahrhunderts geriet Zentralamerika erneut in Bewegung. Die Große Sozialistische Oktoberrevolution in Russland nahm Einfluss auf die Befreiungskämpfe. Augusto Cesar Sandino in Nicaragua und Farabundo Martí in El Salvador traten gegen die US-amerikanische Vorherrschaft auf. In Mexiko wurden sie mit revolutionärem Gedankengut bekannt. 1912 vertrieb das „verrückte Heer“ Sandinos die US-Invasoren aus Nicaragua. Das Streben der zentralamerikanischen Staaten nach Einheit erhielt neue Nahrung. Am 13. Juni 1921 bildeten Guatemala, Honduras, El Salvador und Nicaragua eine Föderation, die sich am 4. Februar 1922 wieder auflöste.

Gegen die „kommunistische Gefahr“ machten die zentralamerikanischen Eliten Front. Das Weiße Haus in Washington unterstützte sie dabei. Es richtete Militärbasen ein und segnete die „Wahl“ von Lakaien-Regierungen ab. Besonders brutal verlief die Einsetzung des Somoza-Clans in Nicaragua.

Die USA hatten Lateinamerika längst zu ihrem Hinterhof gemacht. Die Agrarproduktion wurde auf Monokulturen ausgerichtet. Angebaut und gezüchtet wurde vor allem das, was die USA benötigten: Kaffee, Zucker, Bananen, Baumwolle und Rinder. Es entstanden Unternehmen für die Verarbeitung und den Vertrieb der Erzeugnisse. Bildung und medizinische Versorgung blieben auf der Strecke.

Die Geschichte kennt zahlreiche Invasionen der USA in Zentralamerika. Nach dem Zweiten Weltkrieg fiel am 27. Juni 1954 der guatemaltekeische Präsident Jacob Arbenz einem Putsch zum Opfer, weil er auf dem Grundbesitz des US-amerikanischen Unternehmens United Fruit Company die Agrarreform durchführen wollte. In den Jahren danach löste in Zentralamerika ein Putsch den anderen ab. Militärdiktaturen regierten fast durchweg die Länder.

Am 1. Januar 1959 verkündete Fidel Castro in Santiago de Cuba den Sieg der Revolution. Militärische Kontingente aus Zentralamerika unterstützten die Invasion der USA in der Schweinbucht. Im Juli 1961 gründete sich in Nicaragua die Sandinistische Front der Nationalen Befreiung (FSLN), die am 19. Juli 1979 die Somoza-Diktatur stürzte. 1980 entstand in El Salvador die Farabundo Marti der Nationalen Befreiung (FMLN). Die Befreiungsbewegungen bekamen neue Qualität. Es ging nicht mehr nur um den Sturz von Militärdiktaturen, sondern auch um gesellschaftliche Veränderungen. Die Idee des Sozialismus hatte Fuß gefasst. An dieser historischen Zäsur ändern auch die Rückschläge im Befreiungskampf der Länder Zentralamerikas nichts.

In den 1980er Jahren intervenierten die USA erneut in Zentralamerika. Vom Contra-Krieg in Nicaragua war die gesamte Region betroffen. Die Contras operierten auch von Honduras und Kostarika aus. Auf USA-Basen wurden sie trainiert. Mit dem Friedensvertrag von Esquipulas II und den Verhandlungen der FSLN-Regierung mit der Contra-Führung in Sapoa zog relative Ruhe ein. Sie kostete aber der FSLN 1990 den Wahlsieg.

Die einheimischen Oligarchien und die USA-Administration sahen sich als Sieger. Sie hielten nach der Niederlage des Sozialismus in Europa die „kommunistische Gefahr“ für gebannt. 1991 entstand das System der Integration

Zentralamerikas (SICA). Man wollte den Frieden und die Sicherheit nach neoliberalen Vorstellungen absichern. Im Juli 2006 schlossen die USA mit Guatemala, Honduras, El Salvador und Nicaragua den Freihandelsvertrag CAFTA ab.

2005 wählten die Honduraner den Liberalen Manuel Zelaya zum Präsidenten. 2007 kehrten die Sandinisten auf die zentralamerikanische Bühne zurück. Sie vertrugen sich mit Zelaya, der wiederum der Bolivarischen Alternative ALBA-TCP beitrug. Honduras, El Salvador und Nicaragua beschlossen, den Golf von Fonseca zu einer Zone des Friedens zu machen. 2009 wollte Zelaya die Verfassung reformieren, um ein zweites Mal gewählt zu werden. Daraufhin stürzte ihn im Juni 2009 das honduranische Militär. Im gleichen Jahr gewann die FMLN die Wahlen in El Salvador. Sie regierte das Land zehn Jahre lang.

Die Fortschrittskräfte Zentralamerikas nehmen einen wichtigen Platz im Forum von Sao Paulo ein. Sie plädieren für die Ablösung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) durch die Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC). Trotz aller Schwierigkeiten geht sowohl ihr Kampf für Souveränität und Selbstbestimmung als auch für ein einheitliches Zentralamerika weiter.

SICA ist heute nicht mehr nur ein Vertrag zwischen Nationen. Es ist bereits der Versuch einer gemeinsamen Antwort auf die Herausforderungen der Zeit, zu denen auch die Bewältigung der Corona-Pandemie und der Folgen des Klimawandels gehören. Durch Zentralamerika verläuft der Trockenkorridor und die Region leidet schwer unter dem Klimaphänomen „El Niño“.

Anlässlich des 199. Jahrestages der Unabhängigkeit Zentralamerikas erklärte Nicaraguas Präsident Daniel Ortega: „Wir sind bereit, uns weiterhin für die Einheit der zentralamerikanischen Völker einzusetzen. Ein einheitliches Zentralamerika vergrößert die Chancen für das Wirtschaftswachstum und die Kampfbedingungen gegen die Armut.“

Nicaragua und das Königsreich Spanien

Von Carmen Parejo Rendón¹ für La Voz del Sandinismo

Liest man die Mitteilungen des spanischen Außenministeriums, dann kommt man zum Ergebnis, dass einige davon Einmischungen in die inneren Angelegenheiten bestimmter Länder sind. Nach Sprache und Form könnte man annehmen, Spanien regiert diese Länder. Wir können sie einordnen in:

- a) Respektlose Mitteilungen und Schreiben, wenn sie souveräne Länder wie Nicaragua, Venezuela und Kuba betreffen.
- b) Zuvorkommende Mitteilungen und Schreiben, wenn es um Länder wie Kolumbien und Chile geht.

Die aktuellen Schreiben, die das spanische Außenministerium nach Nicaragua schickte, widersprechen der Würde und der Achtung für das zentralamerikanische Land. Die Schreiben sind reich an Einmischungen und stellen letztendlich eine Logik der Auflagen und die Wiedergabe der Ideologie derjenigen dar, die versuchen andere zu beherrschen. Der Ursprung dafür liegt im Eurozentrismus... Diese Schreiben widerspiegeln die Notlage der europäischen Kolonialisierungsversuche gegenüber souveränen, freien und unabhängigen Ländern, die einen eigenen Weg gefunden haben. Am meisten schmerzt Europa, dass diese Länder auch dem Boykott und den ständigen Angriffen des Imperialismus widerstehen. Sie haben gegenüber Europa demonstriert, dass sie in jeder Beziehung lebensfähig und erfolgreich sind.

Nicaragua ist dafür ein gutes Beispiel. Sein Regierungsmodell findet einen breiten positiven Widerhall in der Bevölkerung. Das Gesundheitswesen hat das beste Krankenhausnetz der Region. In der Region investiert das Land am meisten in das Bildungssystem. Das Energienetz wurde radikal ausgebaut. Das Land hat das solideste Wohnungsbauprogramm Zentralamerikas. Nicaragua produziert 90 Prozent der Lebensmittel für die Versorgung seiner Bevölkerung selbst. Es ist das sicherste Land in der Region. In Bezug auf die Gleichberechtigung ist es Nummer 4 in der Welt. Die Medien können Frechheiten verbreiten. In Spanien würde man das nicht erlauben.

Die Schreiben des spanischen Ministeriums enthalten Behauptungen, die darauf gerichtet sind, die Entwicklungen und Institutionen in Nicaragua zu diskreditieren. Sie sind so verfasst, als wolle man einem Land Lektionen erteilen, das die Teilhabe des Volkes nicht nur bei Wahlen nachweist, sondern

¹ Carmen Pirjo Randzonen ist Journalistin und Direktorin der Zeitschrift *La Comuna*. Sie ist Mitglied des Netzwerkes der Solidarischen Künstler, Intellektuellen und Kommunikatoren mit Nicaragua und der FSLN.

auch Gemeinschaften fördert, die als partizipative und kontrollierende Körperschaften öffentlicher Angelegenheiten funktionieren. Der Sandinismus hat eine öffentliche Politik entwickelt, in der das Volk an der guten Praxis der Verwaltung der Ressourcen beteiligt ist. Ein solches Modell gibt es in Spanien nicht. Dort wurde ein System geschaffen, das eine sogenannte liberale und plutokratische Demokratie bevorzugt. Im Zentrum dieser spanischen Missbildung befinden sich Subjekte, die jahrhundertlang dagegen waren, dass die Nicaraguaner selbst entscheiden.

Warum verwendet das spanische Ministerium in den Schreiben Begriffe wie „verlangen“ oder Sätze wie „Nicaragua drängen, eine unabhängige Wahlkörperschaft zuzulassen“? Die Fortschritte und Veränderungen, die das zentralamerikanische Land entsprechend seiner Rechtsordnung erreichte, gefallen der kolonialen Borniertheit und den Expansionsinteressen des Kapitals Europas oder Spaniens in Lateinamerika nicht. Das spanische Ministerium will die nicaraguanische Wahlinstitution einschränken und verschleiern, dass es seit fast 40 Jahren eine demokratisch aufgebaute Wahlkörperschaft in dieser Region gibt, die bestens floriert. In Spanien gibt es nichts Gleichwertiges. Die Schreiben zeigen aber auch die Unkenntnis über die entsprechenden Institutionen des zentralamerikanischen Landes... Falsche Erklärungen füllten die Mitteilungen... Das zentralamerikanische Land widersprach überzeugend und respektvoll. Die jüngsten Aktionen der spanischen Autoritäten hinterlassen den Eindruck, dass ihnen die Wahrheit nicht gefiel. Sie fühlen sich getroffen... Der spanische Staat erhält mehr als vierzig Jahre lang das „Märchen“ von den Tausenden Opfern am Leben. Die erwähnten Mitteilungen und Schreiben beweisen das mangelnde Interesse der Autoritäten...

Spanien war und ist den Diktaten des großen europäischen Kapitals und den Interessen der USA unterworfen. Wir Spanier müssen nicht nur mit Respekt, sondern auch mit Demut auf die Völker blicken, denen es gelungen ist, sich zu befreien. Dieses Jahr begehen einige souveräne Länder, unter ihnen das Sandinistische Nicaragua, nach vielen harten Kämpfen den 200. Jahrestag der Unabhängigkeit vom spanischen Imperium. Mich beschämt zu sehen, wie zwei Jahrhunderte danach der spanische Staat, der nicht einmal seine eigene Identität gefunden hat und der nur von überlieferten Erzählungen lebt, überheblich auf die Völker blickt, die es trotz schwererer Bedingungen schafften, mit Würde vorwärtszuschreiten.

Ich möchte die spanischen Autoritäten daran erinnern, dass diese Völker seit 200 Jahren souverän und keine Kolonien mehr sind...

Nicaragua ist das nächste Ziel

Lois Pérez Leira² auf teleSUR

Nach den Niederlagen der USA in Unserem Amerika stellt das Imperium seine politische Artillerie gegen Nicaragua auf. Das Ziel besteht darin, die Präsidentschaftswahlen im November zu behindern. Dafür produzieren sie alle Arten von Fake News, um die soziale Unzufriedenheit anzuheizen. Der Imperialismus rechnet für dieses Ziel mit der parasitären nicaraguanischen Oligarchie, den Parteien der Rechten, einigen Abtrünnigen vom Sandinismus und wie immer mit der OAS, obwohl diese im Sterben liegt. Das Problem Nicaragua ist keine Kleinigkeit... Das Land hat eine geopolitische Bedeutung ersten Ranges. Der nächste Sieg des Sandinismus und möglicherweise der historische Sieg der Linkskandidatin Xiomara Castro in Honduras könnten zu weiteren Niederlagen der Yankees werden. Deshalb machen sich die USA Sorgen. Und wir dürfen nicht vergessen, dass die Regierung Nicaraguas zusammen mit den Chinesen den zweiten Interozeanischen Kanal des Kontinents bauen will.

Die Präsidenten Alberto Fernández aus Argentinien und Andrés Manuel López Obrador aus Mexiko bestellten ihre Botschafter in Nicaragua zur Konsultation wegen „der Verletzungen der Menschenrechte“ in Nicaragua ein. Alberto Fernández wies seinen Außenminister Felipe Solá an, das mit Daniel Capitanich zu tun, der Botschafter Argentiniens in Managua ist. Die Einbestellung Capitanichs war der Epilog einer Reihe diplomatischer Anordnungen von Alberto Fernández, die Daniel Ortega ablehnte. Präsident Fernández wies Capitanich an, die nicaraguanischen „politischen Gefangenen“ zu besuchen. Anschließend forderte Felipe Solá die sofortige Freilassung dieser „politischen Gefangenen“. Solch eine Handlung widerspricht einer stillvollen Diplomatie, kritisierte der peruanische Außenminister Héctor Béjar dieser Tage in einer Stellungnahme.

Es ist auch ethisch und moralisch wenig vertretbar, wenn Argentinien die Freilassung von nicaraguanischen „politischen Gefangenen“ fordert. Wir haben in Argentinien noch politische Gefangene aus dem antineoliberalen Kampf gegen den Macrismus³.

² Lois Pérez Leira ist ein Publizist, der 1953 in Galizien geboren wurde. 1959 wanderten seine Eltern nach Argentinien aus. 1990 kehrte er nach Galizien zurück. Er ist Sprecher der Neuen Linken Galiziens.

³ Nach Mauricio Macri, einem konservativen Politiker, der von 2015 bis 2019 Präsident in Argentinien war.

Als Konsequenz aus dieser Situation bestellte die nicaraguanische Regierung diesen Tag auch ihren Botschafter in Argentinien Orlando José Gómez ein. Es wäre nicht schlecht, wenn Daniel Ortega seinen Diplomaten in Buenos Aires anweisen würde, Milagro Sala, Luis D' Elia und viele andere argentinische Gefangenen zu besuchen.

Comandante Daniel Ortega kandidiert erneut

Quellen: *Barricada, teleSur*



Am 2. August 2021 fand der Sandinistische Nationalkongress „Heldenhafte Pancasán“⁴ statt. An ihm nahmen 2.932 Delegierte teil, 1.485 Frauen und 1.447 Männer. Der Kongress wählte Comandante Daniel Ortega als Kandidat für den Präsidenten und Compañera Rosario Murillo als Kandidatin für die Vize-Präsidentin, die 180 Kandidaten für die Nationalversammlung und die 40 Kandidaten für das Zentralamerikanische Parlament.

In seiner Rede sagte Daniel Ortega, dass das Land Fortschritte machte, um die Menschenrechte trotz der Aggressionen seitens der USA und der EU zu garantieren. „Wir konnten die Rechte der Nicaraguaner auf friedliche Weise verteidigen. Wir schlossen einen nationalen Vertrag, der angegriffen wurde.“

⁴ In Pancasán hatte die FSLN nach ihrer Gründung im Juli 1961 eins ihrer ersten Guerilla-Lager aufgebaut. Am 27. August 1967 wurde es von der Nationalgarde angegriffen und zerstört. Die Guerilla zog sich in die Berge zurück. Mit Pancasán begann der bewaffnete Aufstand des Volkes, angeführt von der FSLN als Avantgarde.

Sie versuchten, der Bevölkerung ihre Rechte zu nehmen. Aber es gelang uns, diese terroristische Aggression zu zerschlagen...”

Ortega betonte, dass Nicaragua eine Nation des Friedens ist. Nicaragua sei aber auch bereit, seine Autorität und Selbstbestimmung zu verteidigen. „Der ungezügelter Kapitalismus konnte sich nicht wieder in unserem Land einrichten und wir werden unser Recht, das Land weiterzuentwickeln, verteidigen“. Angesichts der fortgesetzten Aggressionen der USA und der EU erklärte Präsident Ortega: „Jeden Tag kommt unsere Revolution trotz der Aggressionen voran und garantiert die Würde des Volkes. Jeden Tag verbreitet der Imperialismus weiteren Horror und verübt brutale Verbrechen im Namen der Demokratie, der Freiheit und der Menschenrechte. Deshalb sage ich unseren nicaraguanischen Brüdern und Schwestern: Halten wir wie eine Familie zusammen für die Entwicklung unseres Vaterlandes!“

Abschließend erklärte Ortega: „Wer die Yankees oder die Europäer ersucht, seine Familie anzugreifen, der ist ein Vaterlandsverräter.“

Am 2. August 2021 erschien der Fraktionsvorsitzende der FSLN in der Nationalversammlung Edwin Castro vor dem Obersten Wahlrat und erklärte: „Wir sind gekommen, um unsere Kandidaten einschreiben zu lassen. Sie garantieren, dass der Kampf gegen die Armut weitergeführt wird. Mit Daniel und Rosario fahren wir fort, das Land zu verändern.“

Eine am 3. August veröffentlichte Umfrage von Consultores M&R ergab, dass die FSLN in der nicaraguanischen Bevölkerung hohe Sympathiewerte bezüglich der Wahlen am 7. November 2021 hat. So liegt die Bereitschaft, zur Wahl zu gehen, bei 74,25 Prozent. Zwischen 60 und 65 Prozent der Befragten würde die FSLN wählen, zwischen 20 und 25 Prozent die Opposition. Die Mehrheit der Nicaraguaner wünscht sich Frieden, Wohlstand und Arbeit. Sie wollen wirtschaftliche und soziale Stabilität. Sie erkennt an, dass die FSLN bewiesen hat, dass unter ihrer Führung die Bedürfnisse am besten befriedigt werden.

Weiterhin kandidieren für die Präsidentschaftswahlen:

Quelle: Bulletin Nr. 17 des Obersten Wahlrates vom 4. September 2021

Liberale Verfassungspartei (PLC)

Für den Präsident: Walter Edén Espinoza Fernández

Für die Vizepräsidentin: Mayra Consuelo Argüello Sandoval

Nicaraguanischer Christlicher Weg (CCN)

Für den Präsident: Guillermo Antonio Osorno Molina

Für die Vizepräsidentin: Violeta Jannette Martínez Zapata

Nicaraguanische Liberale Allianz (ALN)

Für den Präsident: Marcelo de Jesús Montiel Fernández

Für die Vizepräsidentin: Jennyfer del Carmen Espinoza Blen

Allianz für die Republik (APRE)

Für den Präsident: Gerson Gutiérrez Gasparín

Für die Vizepräsidentin: Claudia María Romero Cuadra

Unabhängige Liberale Partei (PLI)

Für den Präsident: Mauricio Orue Vásquez

Für die Vizepräsidentin: Zobeyda del Socorro Rodríguez Díaz

Dreizehn Wahrheiten über die Lage in Nicaragua

Von Mario Firmenich⁵ für La Voz del Sandinismo

1. Die in Nicaragua gültigen Wahlgesetze wurden von der letzten rechten Regierung (2001 bis 2006) gemacht... Nachdem die FSLN 2006 die Wahlen gewann, passten sie nicht mehr. Die letzten Veränderungen an diesen Gesetzen, weswegen die Regierung beschuldigt wird, „einen Betrug zu inszenieren“, bestehen darin, dass 50 Prozent der Wahlposten von Frauen zu besetzen sind. Zu den Veränderungen gehört auch, dass es den politischen Parteien verboten ist, vom Ausland finanziert zu werden. Das gilt in jedem beliebigen seriösen Land...

2. Die nicaraguanische außerparlamentarische Opposition... verfügt über keinen organisierten Zusammenhalt. Die FSLN ist die einzige Partei, die landesweit organisiert ist. Es gibt 19 gesetzlich anerkannte politische Parteien, darunter die FSLN. 16 Parteien sind Verbündete der FSLN. Nur zwei Parteien der außerparlamentarischen Opposition sind gesetzlich registriert, jedoch streiten sie sich untereinander. Die Opposition, die am Wahlkampf teilnimmt, strebt nicht danach, die Präsidentschaft zu gewinnen. Sie weiß, dass dies unmöglich ist. Ihr reicht es Zweiter zu werden, um die Privilegien zu erhalten, die ihr das Gesetz bietet.

⁵ Wirtschaftsexperte und ehemaliger Chef der Monteneros (Mitglieder der peronistischen Bewegung Montoner) in Argentinien.

Die außerparlamentarische Opposition versuchte 2018 mit Gewalt die Regierung zu stürzen. Ohne eine politische Partei zu sein, forderte sie die Regierung auf, mit ihr über „demokratische Reformen“ zu verhandeln. Diese Opposition besteht aus selbsternannten Nichtregierungsorganisationen, wie die „Zivilgesellschaft“, finanziert von der CIA und der USAID.

3. Die Strafsache gegen die Chamorro-Stiftung und ihre Mitglieder ist kein „erfundener Rechtsbruch“. Geldwäsche liegt vor, weil diese Stiftung, die als Partei fungiert, ohne eine zu sein, eindeutig von den USA finanziert wird. Das Gesetz, das die ausländische Finanzierung für politische Tätigkeiten verbietet, musste die Stiftung als „ausländischen Agenten“ registrieren... Die Geldwäsche wird eindeutig durch die eigene Buchführung bewiesen.

4. Die vor kurzem verhafteten Ex-Sandinisten sind keine „internen Dissidenten, die die persönliche Macht Daniel Ortegas infrage stellen“. Sie verließen vor 30 Jahren die FSLN, als sie die Wahlen verlor. Sie werden des Vaterlandsverrats angeklagt, weil sie illegal mit Behörden der USA konspirierten, um die Wahlen in Nicaragua zu sabotieren und die Regierung zu stürzen.

5. Die politische Kultur des nicaraguanischen Volkes hat indoamerikanische und bäuerliche Wurzeln mit kleinem afrostämmigen Anteil. Aktuell sind 40 Prozent der Bevölkerung Bauern. Sie leben vom Boden, den ihnen vor 40 Jahren die Agrarreform der sandinistischen Revolution übertrug. Weitere 30 Prozent der Bevölkerung sind Bauern oder Kinder von Bauern, die sich in Kommunen, in Departementsstädten und in den Stadtvierteln Managuas ansiedelten. Die Mehrheit dieses Sektors ist seit der Revolution von 1979 sandinistisch. Dank der Politik der Ortega-Regierung verbesserte sich das Lebensniveau dieses Sektors. Er hat höhere Einkünfte, Zugang zu medizinischer Versorgung und Bildung, Strom und Licht, befestigte Straßen und Wege, Lebensmittel für alle, geförderte Familienwirtschaft, nachhaltigen Umweltschutz und Gleichberechtigung der Geschlechter...

Es gibt einen kleinen Teil der Bevölkerung, der aus spanischen Weißen besteht. Ihm gehören Reste der somozistischen Oligarchie und der alten verarmten Mittelschichten, die ihr dienten, an. Dieser Sektor steht dem Sandinismus feindselig gegenüber und ist gewaltbereit. Seine einzige Möglichkeit, an die Macht zurückzukehren, wäre eine nordamerikanische Intervention, um die Regierung zu stürzen. Und das versucht er.

Den Rest der Bevölkerung bildet eine reduzierte städtische Mittelklasse, die dank des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts der Regierung Daniel Ortegas in den Jahren von 2007 bis 2018 aufstieg... Dieser Mittelklasse hat

sich eine städtische Bevölkerung der ethnischen kreolischen Mestizen angeschlossen, die sich dem Handel und anderen Dienstleistungen widmet.

6. Die sozialpolitische Wirklichkeit ist, dass Daniel Ortega und die FSLN beständig die Wahlen mit mehr als 50 Prozent der Stimmen gewinnen. Die Oppositionellen, die in die USA-Einmischung verwickelt sind, sind in keiner legalen Partei eingetragen. Das hätte sie berechtigt, gewählt zu werden. Ihre Inhaftierung ist „keine totalitäre Unterdrückung, die notwendig ist, um die Wahlen zu gewinnen“. Cristiana Chamorro hatte in Umfragen, in denen sie als Kandidatin der vereinten Opposition auftrat, 21 Prozent der Stimmen. In weniger vorteilhaften Umfragen erhielt sie gerade einmal fünf Prozent...

Für die nicht demoliberale Politik Nicaraguas macht es keinen Sinn, sie einzusperren, weil es den Wahlkampf gibt... In Argentinien war es „normal“, als die „Justizbeamten“ die Anweisungen des Präsidenten erfüllten und „von oben“ das für die Wahlen zweckmäßigste Datum für die Verhaftungen festlegten. In Nicaragua gibt es diese pseudo-demolibere Heuchelei nicht. Die Täter werden verhaftet, wenn sie die Tat begangen haben und nicht, wenn Wahlen anliegen... Übrigens gibt es keine gesellschaftliche Protestbewegung, die sich für die Verhafteten einsetzt.

7. Die konservativsten Sektoren der Katholischen Kirche riefen offen von den Kanzeln aus zum Putschaufstand von 2018 auf. Heute nimmt die Katholische Kirche eine „eiernde Oppositionsposition“ in den Predigten ein, ruft aber zum Frieden auf. Es schien so, als würde Papst Francisco mit der gewohnten vatikanischen Diskretion intervenieren, die gewaltfreudigsten Priester absetzen und zu einem Wechsel im politischen Streit anregen...

8. Die Verfassung und die gewählte Legislative Nicaraguas sind demokratisch und pluralistisch... Das ist keine Folge von schändlichen Manövern des Sandinismus, sondern die natürliche politische Bestätigung einer Gesellschaft mit sehr spärlicher Klassenvielfalt.

Es gibt eine große Mehrheit der armen bäuerlichen Bevölkerung, die vom Somozismus und vom Neoliberalismus zwischen 1991 und 2006 ausgebeutet wurde. Es gibt keine große Mittelschicht, die eine soziale Basis für ein System bilden könnte, das in der Lage ist, sich mit einer formierten Koalitionsmacht wie der FSLN abzuwechseln. Es gibt also eine soziale Minderheit der Reichen, die antisandinistisch ist, und eine große arme Mehrheit, die sandinistisch ist, weil sie die ständige Verbesserung ihrer Lebensqualität spürt. Der soziale Rand der „Unabhängigen“ oder „Unpolitischen“ ist unbedeutend.

Die führende Partei ragt heraus, weil sie die einzige nationale Partei ist, die den sozialökonomischen Fortschritt und den Nationalstolz der übergroßen indoamerikanischen und afrostämmigen Mehrheit vertritt und begünstigt. Die FSLN ist fähig, Allianzen mit regionalen und indigenen Parteien zu bilden.

9. Der soziale Frieden ist in Nicaragua gegenüber dem in Argentinien und in Mexiko (nicht zu vergleichen mit dem, was man in Kolumbien, Ecuador oder Chile sieht) sehr hoch angesiedelt. Es gibt keine Checkpoints, die Straßen und Reiserouten blockieren. Es gibt keine Streiks der Gewerkschaften. Es gibt kein Lock Out Patronal, der das Land lahmlegt. Es gibt auch keine „Maras“ wie in El Salvador, keine Gewalt großer Banden des organisierten Verbrechens. Es gibt keine Banküberfälle, keine Verschleppung von Unternehmern, keine Mafias des Drogenhandels wie in Mexiko oder in der Stadt Rosario in Argentinien. Die Volksmärkte, Shops und Geschäfte der mittleren und höheren Klasse funktionieren sozialökonomisch gesehen normal, in Frieden und ohne sichtbare Spannungen.

10. In Nicaragua kann man mehr als 80 Fernsehkanäle frei empfangen. Es gibt private und unabhängige nicaraguanische TV-Kanäle (*Canales 10, 12, 14, 23*), die einen bestimmten Grad an oppositioneller Aggressivität erreichen. Sie genießen eine maßlose Meinungsfreiheit... Sie senden Tag für Tag, dass „der Diktator Daniel Ortega ein Verbrecher ist, der Bauern ermorden lässt“, ohne das sie verboten werden.

Die Katholische Kirche hat einen eigenen Kanal, der in totaler Freiheit alles Mögliche direkt überträgt, auch die Predigten des Kardinals (Brenes) in allen seinen Messen. Man kann auch den TV-Kanal des Vatikans in Spanisch empfangen. Er genießt die völlige Meinungsfreiheit.

Man kann TV *CNN* in Spanisch und Englisch, Kanal *Euro News*, spanisch *TVE*, die Kette *Caracol de Colombia*, verschiedene mexikanische Kanäle, *Telesur*, *RT* und den chinesischen Kanal *CGTN* in Spanisch empfangen. Es gibt offizielle TV-Kanäle. Einige von ihnen gehören privaten Anhängern der Regierung. Und es gibt einen offiziellen parlamentarischen Kanal. Der einzige TV-Kanal, der geschlossen wurde, war ein Kanal, der operative Anweisungen für die Putschbanden sendete...

11. Die Druckausgabe der Tageszeitung *La Prensa* ist limitiert. Der Grund dafür ist, dass es keine Zeitungskioske gibt. Es gibt auch keine Zeitungsungen, die an allen Straßenecken Zeitungen verkaufen. Die Tageszeitung wird per Abonnement von der reduzierten Mittel- und Oberklasse gekauft.

Die große soziale Mehrheit liest keine Papierzeitungen. Die digitale Ausgabe der Tageszeitung *La Prensa* erscheint täglich problemlos.

12. Nicaragua ist kein kommunistisches Land und sein Wirtschaftssystem ist kein staatliches. Alle Geschäftsbanken sind Privatbanken, die den Oppositionellen gehören und die täglich die Finanzoperationen der Regierung stören. Beamte empfangen ihre Gehälter über die Zentralbank. Es gibt keine großen staatlichen Betriebe. Es gibt den freien Umtausch von Cordoba und US-Dollar. Man kann auf jedem Markt und in jedem Geschäft mit US-Dollar bezahlen. Es gibt keine Preisbindungen durch die Regierung. Die Wirtschaftsplanung richtet sich nach der Nachfrage. Sie wird von den Hauptdarstellern der familiären und genossenschaftlichen Wirtschaften ausgeführt. Die staatlichen Einrichtungen erweisen ihnen fachliche und finanzielle Hilfe, damit diese sozialökonomischen Akteure die nationalen Pläne der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung aufstellen können.

Der Höchststeuersatz für Einkommen betrug bis 2019 zehn Prozent. Jetzt liegt er bei 15 Prozent. Es ist üblich, dass die Unternehmer von der Regierung Steuerbefreiungen erhalten. Die allgemeine Umsatzsteuer beträgt 15 Prozent, frische Lebensmittel werden nicht besteuert. (In Argentinien beträgt die allgemeine Umsatzsteuer 21 Prozent, für Strom 27 Prozent und für frische Lebensmittel 10,5 Prozent).

Es gibt große ausländische Betriebe, die unbehindert tätig sind... Die hauptsächlich ausländischen Investitionen erfolgen in der Freizone. Sie bezahlen keine Steuern.

13. Wie kann man erklären, dass eine heiße Weltmedienkampagne diese Wahrheiten unterdrückt und stattdessen Fake News als „gefühlte Wahrheiten“ verbreitet? Wir erleben einen typisch geopolitischen Streit unter Großmächten, einen zivilen völkermörderischen Weltkrieg (noch ohne strategische Missiles), den das Wirtschafts-Establishment den Armen der Welt erklärt hat, um den armen Völkern die Souveränität über ihre natürlichen Ressourcen zu rauben und die Weltbevölkerung zu reduzieren.

Was anderes, als sich mit eigenen Gesetzen zu verteidigen, können die souveränen Staaten und die souveränen Völker tun, wenn eine ausländische Supermacht versucht, einen Bürgerkrieg heraufzubeschwören, um die Regierung zu stürzen und ihr Gesellschaftssystem zu zerstören?

mem

Die 200. Ausgabe von *Informe*

Vor 18 Jahren erschien die erste Ausgabe von *Informe* mit einem Bericht über den erfolgreichen Ausgang der Kommunalwahlen für die FSLN. Das „Regieren von unten“, das Daniel Ortega auf der öffentlichen Veranstaltung der Präsidentschaftsübergabe an die Wahlsiegerin von 1990, die Patronin der Union der Nationalen Opposition Violeta Barrios de Chamorro angekündigt hatte, zahlte sich zum ersten Mal aus.

Nueva Nicaragua Informe begleitet die seit 2007 wieder regierende FSLN auf ihrem bisher erfolgreichen aber schwierigen Weg in der zweiten Etappe der Sandinistischen Volksrevolution. 2021 berichtet *Nueva Nicaragua Informe* über die Kampagne zu den Wahlen am 7. November und darüber, wie die Sandinistinnen und Sandinisten diese Wahlen vor den schmutzigen Angriffen von innen und außen verteidigen.



Das Anliegen von *Nueva Nicaragua Informe* ist es, darüber zu berichten, wie die Sandinistinnen und Sandinisten ihre Revolution, Siege und Niederlagen, Erfolge und Probleme betrachten. Das schließt die Sicht linker Kräfte Lateinamerikas und der Karibik auf das sandinistische Nicaragua ein.

Nueva Nicaragua Informe ist solidarisch mit den linken Kräften Lateinamerikas und der Karibik, vor allem mit denen des „Roten Dreiecks“ aus Kuba, Venezuela und Nicaragua.

Inhalt:

200 Jahre Unabhängigkeitserklärung von Guatemala	1
Nicaragua und das Königsreich Spanien	5
Nicaragua ist das nächste Ziel	7
Comandante Daniel Ortega kandidiert erneut	8
Weiterhin kandidieren für die Präsidentschaftswahlen	9
Dreizehn Wahrheiten über die Lage in Nicaragua	10
Die 200. Ausgabe von <i>Informe</i>	15

Redaktionsschluss: 4. September 2021

Übersetzung der spanischen Texte: Wolfgang Herrmann

Nueva Nicaragua Informe (NNI) vermittelt seinen Freundinnen und Freunden Wissen über die Entwicklung Nicaraguas und der lateinamerikanischen Region sowie über die Solidaritätsarbeit mit Nicaragua und dieser Region. *NNI* bezieht sich dabei auf die Analyse aktueller und historischer gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und kultureller Prozesse und Ereignisse in Nicaragua und in dieser Region, verallgemeinert und verbreitet sie. *NNI* unterstützt alle der Völkerverständigung und dem Frieden dienenden Bestrebungen.

Impressum:

Herausgeber: Wolfgang Herrmann (V.i.S.d.P)
Dreesch 18, 17291 Grünow
Telefon 039857-139003
Email: ing-herrmann@online.de